

GAZA

PE am 18. August 2014

Internationale Liga für Menschenrechte fordert:

Dauerhafte Waffenruhe und vollständige Aufhebung der Blockade Israel muss für die jüngsten Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden

Nach der 30-tägigen Invasion der israelischen Armee im Gazastreifen vom 7. Juli bis zum 7. August d. J. gegen die palästinensische Zivilbevölkerung sowie gegen die für ihr Überleben dringend erforderlichen zivilen Objekte steht fest:

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind in der Pflicht, das internationale Rechtssystem zu verteidigen und

- **Israel unverzüglich zur Rechenschaft zu ziehen;**
- **die Vergehen und Verbrechen seiner Armee an der Zivilbevölkerung vom internationalen Strafgerichtshof beurteilen und gegebenenfalls ahnden zu lassen;**
- **mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln Israel zur Abkehr von einer Politik der Zerstörung und der Geringschätzung des Lebens der Bevölkerung von Gaza zu bewegen.**

Zivilgesellschaftliche Großdemonstrationen und Kundgebungen haben während der vergangenen Wochen in allen Mitgliedsländer der EU ihre jeweiligen Regierungen aufgefordert, ihr politisches Gewicht einzubringen, um Israel dazu zu bringen, auf den Boden des internationalen Rechts zurückzukehren und insbesondere die Menschen- und humanitären Rechte zu respektieren. Allorts wurden an die Mitgliedstaaten der EU – hierzulande an die Bundesregierung – appelliert, dem Beispiel jener lateinamerikanischen Staaten zu folgen, die ihre Botschafter aus Israel abberufen haben.

Liga-Präsidentin Fanny-Michaela Reisin erklärt nach den jüngsten Massakern und Verwüstungen im Gazastreifen: „Die Regierungen der USA und der EU untergraben sämtliche Regeln und Abkommen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, wenn sie die gewalttätigen Anschläge auf die seit sieben Jahren vollständig abgeriegelte, den Bombardements aus der Luft, vom Wasser und zu Boden schutzlos ausgelieferte Zivilbevölkerung dulden. Akzeptiert wird damit die Aussetzung des geltenden internationalen Rechts zugunsten von Selbstjustiz. Die Menschenrechte sind universell und unteilbar!“

Die beschämende Frage Raji Souranis, Vorsitzender unserer Schwesterorganisation, Palestinian Center for Human Rights (PCHR) in Gaza, ob palästinensisches Leben „weniger Wert“ sei als israelisches, verlangt wirksame politische Einflussnahme auf die israelische Regierung. Die israelischen Angriffe forderten laut Mitteilung des PCHR (<http://www.pchrgaza.org/portal/en/>) bisher **1.994 Todesopfer** und **8.008 Verletzte**; **mehr als 80 Prozent Zivilisten**, darunter **468 getötete** und **2.135 verletzte Kinder**, also knapp ein Drittel aller Opfer. An die **4.000 Häuser** wurden völlig zerstört oder bis zur Unbewohnbarkeit beschädigt, ganze Familien, ganze Gemeinden wurden vollständig ausgelöscht. **Eine halbe Million Menschen sind ziel- und schutzlos auf der Flucht, zig Tausende sind obdachlos.** Die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Blutkonserven ist zusammengebrochen. Gaza ist seit zwei Wochen ohne Strom – internationalen Organisationen warnen vor einer bevorstehenden humanitären Katastrophe.

Die Liga hat in der Vergangenheit wiederholt gegen die Belagerung von Gaza protestiert. Die Wege der Versorgung der Bevölkerung des Gazastreifens mit den zum Leben erforderlichen Mitteln sind nunmehr zerstört. Ein dauerhaftes Schweigen der Waffen ohne Aufhebung der Belagerung und Garantie des freizügigen Personen- und Warenverkehrs an den Grenzübergängen ist für die Bevölkerung von Gaza nicht annehmbar und folglich auch für keine palästinensische Regierung. Die internationale Völkergemeinschaft ist gefordert, schnell zu handeln, da mit Tausenden Hungernden, Verdurstenden und Obdachlosen im dichtbesiedelten Gebiet zu rechnen ist.

Die Liga ruft die Bundesregierung auf, der willkürlichen Beugung des internationalen Rechts durch Israel entschieden entgegenzutreten. Israel muss für seine Vergehen an der Zivilbevölkerung zur Rechenschaft gezogen und zur Aufhebung der unmenschlichen Belagerung der knapp 2 Mill Bewohner des Gazastreifens gebracht werden. Gegebenenfalls müssen Wirtschaftssanktionen gegen Israel verhängt werden.

Die Internationale Liga für Menschenrechte fordert die Bundesregierung erneut auf, sämtliche Waffen- und Rüstungslieferungen in die Region gänzlich einzustellen.